

**Protokollerklärung
der Länder Sachsen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen-Anhalt und Thüringen**

von

Staatssekretär Dr. Andreas Handschuh

zum

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das
Haushaltsjahr 2025 (**Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025**)

BR-Drs.: 277/25

zu **Punkt 1** der 1056. Plenarsitzung des Bundesrates am 11. Juli 2025

Die Länder Sachsen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen geben folgende Erklärung zu Protokoll:

Die Länder Sachsen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen begrüßen den vom Bund vorgesehenen weiteren Entlastungsschritt von 10 Prozentpunkten durch Erhöhung seines Anteils an den Erstattungen an die Deutsche Rentenversicherung nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Sie bitten den Bund, diesen Schritt noch im Jahr 2025 mit sofortiger Wirkung umzusetzen. Die Länder Sachsen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen sehen den weiteren Entlastungsschritt als Beitrag hin zu einer vollständigen Übernahme der sich aus dem AAÜG ergebenden Lasten und erinnern an die Bitte des Bundesrates, hierzu einen konkreten Stufenplan vorzulegen (BR-Drucksache 350/24 (Beschluss)).